

Bürgermeister Raetz berichtet zur aktuellen Lage der Flüchtlingsunterbringung in Rheinbach. Zur Zeit laufe die Erschließungsplanung für den Bereich Schornbusch zur Realisierung des I. Bauabschnittes, voraussichtlich im kommenden Mai.

Aus den Diskussionen im letzten Ausschuss habe die Verwaltung mitgenommen, dass eine Massierung am Standort Schornbusch möglichst vermieden werden sollte.

Deswegen sei der II. Bauabschnitt im Bereich des Pallottisportplatzes Weilerfeld vorgesehen; auch hier schreite die Erschließungsplanung fort.

Da jedoch die weitere Entwicklung nicht vorhersehbar sei, würden weitere Vorkehrungen am Standort Schornbusch getroffen, um im Bedarfsfall zeitnah reagieren zu können.

Gegenwärtig befinde sich die Stadt in der Ausschreibung zum Ankauf einer Containeranlage und hoffe, den vorgesehenen Haushaltsansatz unterschreiten zu können, da mittlerweile der Markt und damit das Angebot für diese Anlagen größer geworden sei.

Die Anmietung von Immobilien werde ebenfalls weiter betrieben. Hier werde sehr stark auf die Verträglichkeit der Lage und auf finanzielle Aspekte geachtet.

Die Mehrzweckhalle Oberdrees werde momentan umgerüstet; hier sei vor allem die Erneuerung der Wasserleitungen zu erwähnen. Ab welchem Zeitpunkt die Halle zur Nutzung zur Verfügung stehe, werde er rechtzeitig mitteilen.

Darüber hinaus sei auch eine weitere Bürgerinformationsveranstaltung vorgesehen. Ein genauer Termin stehe noch nicht fest.

Bürgermeister Raetz führt aus, dass in diesem Monat eine relativ geringe Quote von Zuführungen erwartet werde, da - wie in den Medien berichtet - die Flüchtlinge zunächst in die Städte verteilt werden, deren Quote noch nicht ausgeschöpft sei. Darüber hinaus erfolge eine stärkere Auffüllung der Erstaufnahmelager des Landes, da diese nicht ausgelastet seien, aber zu 100 % Personal vorhielten.

Nach seiner Einschätzung sei hierin aber keine Trendwende bei den Flüchtlingszahlen zu sehen, eher ein kurzfristiges Durchatmen für die stark belasteten Kommunen.

Ratsherr Beißel begrüßt den heutigen Beschluss, der das Ergebnis einer guten interfraktionellen Zusammenarbeit sei.

Es werde alles getan, um Menschen in Not Hilfe und Schutz zu gewähren und sie so menschenwürdig wie möglich unter zu bringen. Um die entsprechenden Unterkünfte fertig zu stellen, werde jedoch Zeit benötigt. Bis zur Fertigstellung lehne die CDU-Fraktion daher weitere Zuweisungen ab.

Vom Grundsatz her seien die Möglichkeiten, den Menschen Schutz zu gewähren und sie menschenwürdig unterzubringen, vor Ort begrenzt.

Darüber hinaus gebe er zu bedenken, dass die Stadt Rheinbach nach Ausschöpfung aller Ressourcen weitere Zuweisungen ablehnen müsse. Die Reaktion des Landes darauf bleibe abzuwarten.

Seit dem zweiten Weltkrieg habe es eine solche Herausforderung für das Land, die Kommunen und letztlich die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gegeben. Die menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge und Asylsuchenden stelle nur einen Teil des gewaltigen Aufgabenspektrums dar. Fragen, ob und wie Integration in Sprache und Kultur, in Kindergärten, in Schulen, auf dem Arbeitsmarkt angesichts der hohen Flüchtlingszahlen bewältigt werden können, blieben bisher unbeantwortet. Zunehmend stellten sich auch Fragen der Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie nicht zuletzt die Übernahme der Kosten. Hier

gelte es, den Bürgerinnen und Bürgern zu verdeutlichen, dass mit erheblichen Steuererhöhungen für die Zukunft zu rechnen sei.

Für die Zukunft hoffe er, dass der Rat auch weiterhin in der Flüchtlingsfrage Einigkeit demonstrieren werde und dankt Bürgermeister Raetz und der Verwaltung sowie den Flüchtlingshelfern für ihre wertvolle Arbeit.

Ratsherr große Deters erklärt, dass auch die SPD-Fraktion dem Beschluss als Ergebnis der guten interfraktionellen Zusammenarbeit zustimmen werde. Auch seine Fraktion hoffe, diese Zusammenarbeit fortsetzen zu können, um die Verwaltung und die Helferinnen und Helfer vor Ort so weit wie möglich zu unterstützen.

Er dankt Bürgermeister Raetz für seine Transparenz im Umgang mit der Flüchtlingsfrage in der Öffentlichkeit sowie der Verwaltung und den Flüchtlingshelferinnen und Helfern für ihren unermüdlichen Einsatz.

Nach Meinung seiner Fraktion seien folgende Punkte von großer Wichtigkeit:

- Überprüfung von Förderprogrammen, die für die Gegebenheiten in Rheinbach infrage kommen und deren Vorstellung im Rat.
- Beschleunigung des sozialen Wohnungsbaus sowie die Einbeziehung in die Beratungen zum Handlungskonzept.
- Berücksichtigung der neuen Gegebenheiten im Schulentwicklungsplan sowie bei der Kindergartenplanung.
- Gemeinsamer Appell des Rates der Stadt Rheinbach an den Bund zur Finanzierung der anstehenden Maßnahmen.

Ratsherr Logemann führt aus, dass mit den heutigen Beschlüssen auch gigantische Kosten auf die Stadt Rheinbach zukommen werden, die den Haushalt über Gebühr belasten werden, falls Bund und Land diese nicht tragen. In diesem Falle seien dann Steuererhöhungen unumgänglich.

Insgesamt gehe es um die Berechenbarkeit der demokratischen Parteien, deren klarer Linie bei ihren Beschlüssen. Wichtig sei auch, Grenzen setzen wie z. B. die Sporthallen in Rheinbach nicht zu belegen, um dort die wertvolle Integrationsarbeit, die die Sportvereine schon seit längerem leisten, zu unterstützen.

Im Namen der FDP-Fraktion dankt auch Ratsherr Logemann der Verwaltung sowie den Flüchtlingshelferinnen und Helfern für ihre Arbeit.

Für die Fraktionen UWG und Bündnis 90/Die Grünen schließen sich die Ratsherren Huth und Schiebener dem Dank an.